

# Osteuropa kompakt



## Inhalt

Deutsche Übersetzung.....	3
<b>Aserbaidshjan</b> .....	3
Neue Umsatzsteuer- und Zollbefreiung .....	3
Neues Gesetz über die Pflichtversicherung .....	3
<b>Kasachstan</b> .....	3
Änderungen des Steuergesetzes bezüglich der "besonderen Betrachtungen der internationalen Besteuerung" .....	3
Neues Gesetz der Sonderwirtschaftszonen und Änderungen der damit verbundenen Gesetzgebung .....	6
<b>Litauen</b> .....	7
Zusätzliche Erklärung bezüglich der Besteuerung von aus dem Ausland erhaltenem Einkommen für Arbeit in Litauen.....	7
<b>Polen</b> .....	7
Körperschaftsteuer: Währungsgewinne aus Dividendenzahlungen in fremder Währung (Euro) auf den Abrechnungskonten mit den Aktionären stellen kein steuerpflichtiges Einkommen dar.....	7
<b>Russland</b> .....	7
Wie Betriebsstätten ihren steuerpflichtigen Gewinn berechnen sollten .....	7
Mögliche Erhöhung der Personalkosten .....	9
Doppelbesteuerungsabkommen Russland-Luxemburg .....	10
Die Auswirkung des Plenumschlusses Nr. 54 vom Obersten Wirtschaftsgericht in Russland bezüglich Investitionsverträgen .....	13
<b>Slowakei</b> .....	15
Änderung des Krankenversicherungsgesellschaftsgesetzes.....	15
<b>Tschechien</b> .....	15
Subventionen müssen nicht auf Grund eines Verstoßes gegen formale Subventionsvoraussetzungen zurückgezahlt werden .....	15
Scheinselbstständigkeit wird ebenfalls nach dem Arbeitsgesetz strafbar .....	15
<b>Ukraine</b> .....	16
Beschränkung der Verlustvorträge für vorherige Jahre .....	16
Änderung des ukrainischen Anti-Korruptions-Gesetzes.....	16
Änderungen der Form für Gewinn- und Verlustrechnung.....	16
Änderungen der Liste mit Dokumenten für einen Antrag auf eine Arbeitserlaubnis .....	16
Online-Zugang zum vereinheitlichten Staatsregister der juristischen Personen und Privatunternehmen ist jetzt verfügbar .....	16
<b>Ungarn</b> .....	17

Praktische Lösungsvorschläge zu den aktuellen Änderungen im ungarischen Arbeitsgesetzbuch.....	17
<b>Blog</b> .....	18
Englische Übersetzung.....	18
<b>Azerbaidjan</b> .....	18
New Exemption of VAT and Customs Duty.....	18
New Compulsory Insurance Law in force.....	18
<b>Kazakhstan</b> .....	19
Amendments introduced to the “Special considerations in international taxation” section of the Tax Code.....	19
A new law on special economic zones and changes to related legislation.....	21
<b>Lithuania</b> .....	21
Additional explanation regarding taxation of income received from abroad for work performed in Lithuania.....	21
<b>Poland</b> .....	22
CIT: Foreign exchange gains arising in connection with the payment of dividend in a foreign currency (euro) in settlement accounts with shareholders do not constitute taxable income.....	22
<b>Russia</b> .....	22
How permanent establishments should calculate their taxable profit.....	22
Possible increase of payroll costs.....	23
Russia-Luxembourg Double Tax Treaty.....	24
The impact of Russian SAC Plenum Resolution No. 54 on investment contracts.....	27
<b>Slovakia</b> .....	29
Health Insurance Companies Act Amendment.....	29
<b>Czech Republic</b> .....	29
No need to return the grant due to breach of formal grant conditions.....	29
“Svarcsystem” will also be punishable under the Employment Act.....	29
<b>Ukraine</b> .....	29
Restriction of previous years' losses carrying forward.....	29
Ukrainian Anti-corruption legislation has changed.....	30
Changes to the form of Income Statement.....	30
Amendments to list of documents for work permit application.....	30
On-line access to the Unified State Register of Legal Entities and Private Entrepreneurs has become available.....	30
<b>Hungary</b> .....	30
Practical Advices to the actual amendments to the Labor Code.....	30
<b>Blog</b> .....	31
Über uns.....	32
Ihre Ansprechpartner.....	32
Bestellung und Abbestellung.....	32

## Deutsche Übersetzung

### Aserbaidshan

#### *Neue Umsatzsteuer- und Zollbefreiung*

Entsprechend der Verordnungen Nr. 124 und Nr. 125 des Ministerkabinetts vom 1. August 2011 wurde eine neue Umsatzsteuer- und Zollbefreiung für den Import von Gütern und Ausstattung zum Bau von Industrieanlagen gewährt, die von wichtiger strategischer Bedeutung für den Transport auf dem Wasserweg nach internationalen Standards sind.

Der Import dieser Wirtschaftsgüter sollte durch die Dokumente der Staatlichen Erdölgesellschaft Aserbaidshans (SOCAR) gestützt werden. Die Befreiung gilt seit dem 31. August 2011 bis zum 1. Januar 2014.

#### *Neues Gesetz über die Pflichtversicherung*

Das Gesetz über die Pflichtversicherung trat am 18. September 2011 in Kraft.

Zweck dieses Gesetzes ist der Schutz von Einzelpersonen und Unternehmen im Falle von Vermögens- oder Gesundheitsschäden (abhängig von der Versicherungsart). Das Gesetz sieht vor, dass verlorener Gewinn kein Grund für den Erhalt einer Entschädigung ist.

Das Gesetz regelt die Grundsätze und Grundlagen einer Pflichtversicherung in den folgenden vier Bereichen:

- **Pflichtversicherung für Immobilien**  
Pflichtversicherung für Immobilien gegen Schäden, Zerstörung oder Verlust auf Grund von Feuer oder anderen Unfällen, einschließlich Gasexplosionen, Schäden durch Verkehrsmittel oder Naturkatastrophen.
- **Haftpflichtversicherung bei Nutzung von Immobilien**  
Absicherung gegen Personenschäden bei laufender Nutzung von Immobilien sowie bei Sanierung / Bau und anderen Arbeiten innerhalb der Immobilien.
- **Kfz-Haftpflichtversicherung**  
Absicherung gegen Personenschäden und Vermögensschäden von natürlichen und juristischen Personen durch die Nutzung bestimmter Kraftfahrzeuge in Aserbaidshan.
- **Pflichtversicherung für Fahrzeuginsassen bei Unfällen**  
Absicherung gegen Personenschäden einschließlich Leben von Fahrzeuginsassen, im Luft-, Wasser-, Schienen- oder Landverkehr.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:  
Vugar Aliyev, Telefon: +994 12 497-2515

### Kasachstan

#### *Änderungen des Steuergesetzes bezüglich der "besonderen Betrachtungen der internationalen Besteuerung"*

Am 21. Juli 2011 unterzeichnete der Präsident Kasachstans die Änderungen des kasachischen Steuergesetzes, die keine neuen Vorschriften einführen, sondern hauptsächlich der Klarstellung bestehender Regelungen dienen.

Die eingeführten Änderungen können den Großteil der nichtansässigen ausländischen juristischen Personen mit Tätigkeit in Kasachstan sowie bestimmte Ansässige, die im Ausland investieren, beeinflussen.

Im Folgenden bieten wir Ihnen einen Überblick der Änderungen an:

- Änderungen bzgl. des Schachtelprivilegs bei Dividenden und Veräußerungsgewinnen;
- Erweiterung des Anwendungsbereichs der Regelungen bezüglich Betriebsstätten;
- Änderungen bezüglich der Anwendung von Steuerabkommen;
- Klärung der Regelungen bezüglich abhängiger ausländischer Unternehmen (Art. 224 des Steuergesetzes).

### ***Änderungen bzgl. des Schachtelprivilegs bei Dividenden und Veräußerungsgewinnen***

- Einführung der Dividendenbesteuerung bei Nichtansässigen, die Dividenden von einer kasachischen juristischen Personen bekommen und keine unterirdischen Tätigkeiten ausüben (aktuell unterliegen solche Einkünfte der Besteuerung, nur wenn ein Unternehmen mehr als 50 % seines Wertes aus unterirdischem Vermögen [Öl- und Gas-/Bergbauunternehmen] in Kasachstan erzielt);
- Einführung einer Mindesthaltedauer (mehr als drei Jahre), nach Ablauf derer Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von Aktien und Anteilen an einer kasachischen juristischen Personen steuerbefreit sind (das gleiche gilt für Dividenden);
- Einführung einer Besteuerung für Unternehmen oder Steueransässige aus Ländern mit begünstigter Besteuerung im Hinblick auf Dividenden und Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von Aktien und Anteilen an bestimmten kasachischen juristischen Personen.

### ***Betriebsstätten***

- Einführung von Änderungen zur Definition der unselbständigen Niederlassung;
- Erweiterung des Aufgabenbereichs einer „Dienstleistungsbetriebsstätte“. Speziell die Definitionen von „miteinander zusammenhängenden“ Projekten und „miteinander verbundenen“ Projekten wurden erweitert;
- Klärung der Regelungen bezüglich des Datums der Betriebsstättengründung;
- Klärung der Regelungen bezüglich der gesetzlichen Anmeldung von Betriebsstätten für steuerliche Zwecke;
- Vereinfachung der Steuerverwaltung bezüglich der Verteilung von Einkommen aus Dienstleistungen, die gemeinsam von einem Nichtansässigen und seiner Betriebsstätte in Kasachstan an einen kasachischen Kunden erbracht wurden;
- Klärung, dass Entsendungen von Fachpersonal nach Kasachstan nicht zu einer Betriebsstätte führen; Einkünfte aus solchen Entsendungen werden unter bestimmten Voraussetzungen des Steuergesetzes nicht als „Einkünfte aus Kasachstan“ betrachtet.

### **Anwendung von Steuerabkommen**

- Klärung bezüglich der Anwendung von Steuerabkommen für „aktive“ Einkünfte (d. h. Unternehmensgewinne) und „passive“ Einkünfte (Zinsen, Dividenden, Lizenzgebühren);
- Aufhebung des wirtschaftlichen Eigentums als Voraussetzung für „aktive“ Einkünfte (z. B. Dienstleistungseinkommen);
- Vereinfachung der Erstattung von Quellensteuer durch Erlaubnis der Erstattung der Quellensteuer auf Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren an den Steuerbevollmächtigten (tax agent), sofern eine Ansässigkeitsbescheinigung nach Ende des Kalenderjahres vorgelegt wird.

### **Abhängige ausländische Unternehmen**

- Bei mehrstufigen kasachischen Strukturen unterliegt nur noch ein Steuerpflichtiger der Besteuerung nach Art. 224 des Steuergesetzes.

### **Sonstige Themen**

- Erläuterungen bzgl. der Gründung des tatsächlichen Verwaltungssitzes durch ausländische juristische Personen in Kasachstan zum Zweck der Anmeldung bei den kasachischen Steuerbehörden als Steueransässige;
- Einführung besonderer Regelungen bezüglich der Betrachtung bestimmter Personengesellschaften als transparent in Kasachstan für Zwecke der Quellen- und Betriebsstättenbesteuerung. Bitte beachten Sie, dass vorher sämtliche ausländische Körperschaften als nicht-transparent für kasachische Steuerzwecke betrachtet wurden;
- Abkommensbegünstigungen sind für jeden Partner einer Joint-Venture (Gesellschaft) anwendbar;
- Regelungen bezüglich steuerlich transparenter Unternehmen sind möglicherweise auf ausländische Personengesellschaften anwendbar.

Die eingeführten Änderungen werden am 1. Januar 2012 in Kraft treten. Bestimmte Regelungen sind rückwirkend seit dem 1. Januar 2009 anwendbar.

### **Folgendes sollte schon jetzt berücksichtigt werden:**

- Exit-Szenarien könnten aus kasachischer Steuersicht nochmal überdacht werden (insbesondere für Beteiligungsstrukturen in Ländern mit begünstigter Besteuerung). Die Umstrukturierung sollte vor dem 1. Januar 2012 erfolgen;
- Kaufleistungen von Nichtansässigen und die Ausübung von Tätigkeiten im Auftrag von Nichtansässigen sollte vorsichtig strukturiert werden, um das Bestehen einer Betriebsstätte zu vermeiden;
- Falls Sie vorher Steuern von Dividenden, Zinsen oder Lizenzgebühren auf Grund fehlender oder zweckwidrig vorbereiteter Steueransässigkeitsbescheinigung einbehalten haben, können Sie die Möglichkeit einer vereinfachten Erstattung solcher Steuern in Betracht ziehen.

### ***Neues Gesetz der Sonderwirtschaftszonen und Änderungen der damit verbundenen Gesetzgebung***

Am 21. Juli 2011 unterzeichnete der kasachische Präsident ein neues Gesetz über die Sonderwirtschaftszonen in Kasachstan sowie ein Gesetz bezüglich Änderungen und Ergänzungen bestimmter kasachischer Gesetze, die mit den Sonderwirtschaftszonen verbunden sind (die Änderung).

Das Gesetz zielt auf eine Erhöhung der Verwaltungseffektivität der Sonderwirtschaftszonen durch Ersetzen der Sonderwirtschaftszonenverwaltungen mit Management-Unternehmen ab. Management-Unternehmen werden als Kapitalgesellschaft entweder durch die kasachische Regierung, lokale Verwaltungsorgane, nichtstaatliche juristische Personen und/oder ausländische juristische Personen mit Erfahrung im Management von Sonderwirtschaftszonen gegründet werden.

In den bestehenden Sonderwirtschaftszonen werden die Aufgaben und Pflichten der Management-Unternehmen vorübergehend von den aktuellen Betreibern ausgeübt (allerdings maximal für 1 Jahr ab dem In-Kraft-Treten des Sonderwirtschaftszonengesetzes).

Die Änderung wurde verabschiedet, um die bestehende Gesetzgebung Kasachstans mit den Regelungen des neuen Sonderwirtschaftszonengesetzes in Einklang zu bringen.

Zurzeit gibt es 6 Sonderwirtschaftszonen in Kasachstan:

- Astana, Neustadt (Astana);
- Hafen von Aktau (Mangistau Oblast);
- IT Park (Almaty);
- Ontustik (Südkasachstan Oblast);
- Burabay (Akmola Oblast); und
- Nationaler Industrie-/Petrochemikalien-/Technologie-Park (Atyrau Oblast).

Zwischen 2006 und 2011 hat die kasachische Regierung die Gründung folgender neuen Sonderwirtschaftszonen im Voraus genehmigt:

- Caspy (an der Grenze zu Turkmenistan);
- Horgos, Osttor (an der Grenze zu China);
- Dostyk (an der Grenze zu China);
- Tobol (Kostanay Oblast);
- Westtor Kasachstans (an der Grenze zu Russland); und
- Metallurgische Sonderwirtschaftszone (Karaganda).

Ihr Ansprechpartner vor Ort:  
Abdulhamid Muminov, Telefon: +7 727 298-0448

## Litauen

### ***Zusätzliche Erklärung bezüglich der Besteuerung von aus dem Ausland erhaltenem Einkommen für Arbeit in Litauen***

Am 5. August 2011 haben die Finanzbehörden (durch den Brief Nr. (18.18-31-1)-R-7472) zusätzlich erläutert, wie die Einkünfte, die eine natürliche Person aus dem Ausland für tatsächliche Arbeit in Litauen erhalten hat, versteuert werden sollen. Laut der Erläuterung sollte insbesondere darauf geachtet werden, ob ein ausländisches Unternehmen seine Betriebsstätte in Litauen hat, wie viele Tage eine natürliche Person in Litauen verbringt und welches Unternehmen (das litauische oder das ausländische) als wirtschaftlicher Arbeitgeber qualifiziert wird.

Die Erläuterung legt fest, dass soweit ein litauisches Unternehmen als wirtschaftlicher Arbeitgeber qualifiziert wird (d. h. wenn es die Verantwortung für die Arbeitsergebnisse des Angestellten übernimmt, den Angestellten mit Arbeitsmitteln ausstattet usw.), der Arbeitsvertrag jedoch noch nicht unterschrieben ist und das Gehalt aus dem Ausland bezogen wird, solche Einkünfte ab dem 1. Arbeitstag in Litauen versteuert werden sollten und die Steuer vom Arbeitnehmer selbst gezahlt werden soll. Falls in dieser Situation das Gehalt ebenfalls von einem litauischen Unternehmen bezogen wird (z. B. Sachleistungen), soll das Unternehmen solche Zahlungen als erwerbsbezogene Einkünfte versteuern, d. h. das selbe Besteuerungssystem nutzen, wie bei den anderen Angestellten angewendet wird.

Ihre Ansprechpartnerin vor Ort:

Kristina Krisciunaite-Bartuseviciene, Telefon: +370 5 239-2300

## Polen

### ***Körperschaftssteuer: Währungsgewinne aus Dividendenzahlungen in fremder Währung (Euro) auf den Abrechnungskonten mit den Aktionären stellen kein steuerpflichtiges Einkommen dar***

Nach Meinung der Finanzbehörden stellen Dividendenzahlungen keine Ausgabe dar, die zur Entstehung von Einnahmen führen können. Solche Zahlungen werden auch nicht als Aufwendungen zur Sicherung bzw. Erhaltung der Einnahmen des Antragstellers qualifiziert. Eine Dividendenzahlung ist die Ausübung des Aktionärsrechts auf Gewinnbeteiligung gemäß den Regelungen des Gesetzbuches für Handelsunternehmen.

Da die Dividende keine steuerlich abziehbaren Aufwendungen darstellt, haben die Währungsdifferenzen die während ihrer Auszahlung entstanden sind, keine Auswirkung auf die steuerbaren Einkünfte.

Ihre Ansprechpartnerinnen vor Ort:

Malgorzata Jablonska, Telefon: +49 30 2636-3084

Wieslawa Ksycka, Telefon: +48 71 356-1161

## Russland

### ***Wie Betriebsstätten ihren steuerpflichtigen Gewinn berechnen sollten***

Wir verfolgen regelmäßig die Entwicklungen der Rechtsprechung zur Frage wie ausländische Unternehmen, die in Russland durch eine Betriebsstätte tätig sind, steuerpflichtiges Einkommen sowie abzugsfähige Ausgaben zu bestimmen haben. Besonders hervorzuheben ist hierbei ein Streit zwischen der russischen Niederlassung eines ausländischen

Unternehmens („Niederlassung“) sowie den Steuerbehörden über die Methode zur Berechnung des steuerpflichtigen Gewinns in Russland.

### **Hintergrund**

Die Niederlassung ist eine Betriebsstätte eines in Großbritannien ansässigen Unternehmens. Das Unternehmen bietet Kunden weltweit, einschließlich Russland, Rechtsberatungsleistungen an. Die Beratungsleistungen in Russland erbringen sowohl russische Anwälte als auch Anwälte aus Großbritannien. Die Rechnungen an die russischen Kunden enthalten auch in Großbritannien entstandene Vergütungsansprüche, sodass die Niederlassung auf Grundlage monatlich ausgestellter Rechnungen durch die Hauptniederlassung diese Vergütungen der Anwälte aus Großbritannien von der Bemessungsgrundlage ihres Gewinns abzog. Mithin wurden die Vergütungen der Anwälte aus Großbritannien sowohl dem steuerpflichtigen Einkommen als auch den abzugsfähigen Ausgaben der Niederlassung zugeordnet.

### **Argumentation der Parteien**

Die Niederlassung ging von einer Berechnung ihrer Einkünfte und Ausgaben im Zusammenhang mit der Beschäftigung der Anwälte der Hauptniederlassung in Übereinstimmung mit geltendem Recht, insbesondere mit dem Russisch-Britischen Doppelbesteuerungsabkommen vom 15. Februar 1994 (DBA) aus.

Die Steuerbehörden argumentierten jedoch, dass die entsprechenden Ausgaben nicht abzugsfähig sind, da sie nicht als Kosten der Niederlassung nach Art. 7 des DBAs erachtet werden können.

Erbrachte Dienstleistungen durch eine Niederlassung (inklusive Beschäftigung der Anwälte der Hauptniederlassung) stellen lediglich eine Tätigkeit der Niederlassung dar. Die Beschäftigung ausländischer Fachkräfte befreit die Niederlassung nicht von der Gewinnsteuer auf diese Aktivitäten in Russland.

### **Was sagen die Gerichte?**

Das Moskauer Wirtschaftsgericht folgte der Position der Niederlassung, indem sie das Verfahren zur Berechnung des relevanten Einkommens (der Ausgaben) als im Einklag mit Art. 7.2 des DBAs befand. Diese Regelung des DBAs besagt, dass Einkommen einer Betriebsstätte eines ausländischen Unternehmens als Einkommen verstanden wird, das die Betriebsstätte hätte erwerben können, wenn es ein selbstständiges Unternehmen wäre. Weitere Voraussetzungen hierfür sind, dass die Niederlassung geschäftlich wie ein selbstständiges Unternehmen handelt mit ähnlichen Aktivitäten unter identischen oder ähnlichen Bedingungen und unabhängig von dem Unternehmen, welches sie als Betriebsstätte repräsentiert. Nach Auffassung des Gerichts stellen die Ausgaben für die Dienstleistungen der Anwälte der Hauptniederlassung direkte Ausgaben für Rechtsberatungsleistungen dar und sind für steuerliche Zwecke so anzusehen, als ob die Dienstleistungen von einer dritten Partei erbracht wurden. Das Gericht führte weiterhin aus, dass, falls die Niederlassung ein unabhängiges Unternehmen wäre, die Ausgaben für die Anwälte aus Großbritannien als abzugsfähige Ausgaben für unterbeauftragte Rechtsberatungsleistungen, bereitgestellt für die Niederlassung, hätten gebucht werden müssen.

Das Berufungsgericht unterstützte jedoch die Position der Steuerbehörden und hob die Entscheidung der Vorinstanz auf. Seine Entscheidung begründete das Gericht damit, dass die Berechnung der strittigen Beträge durch die Hauptniederlassung an die Niederlassung in Wirklichkeit ein Mechanismus zum Transfer des Einkommens der Niederlassung zu Gunsten der Hauptniederlassung gewesen sei (wobei diese Einkünfte als mit den Tätigkeiten der Niederlassung verbunden angesehen wurden). Die Anwälte der Hauptniederlassung hätten im Rahmen des Auftrags der Niederlassung nicht unabhängig gehandelt. In dieser Hinsicht entschied das Gericht, dass die Beschäftigung von Fachkräften der Hauptniederlassung durch die Niederlassung bei der Erbringung von Rechtsberatungsleistungen nicht an sich bestätigt, dass diese Aktivitäten in keiner Verbindung zu den Aktivitäten der Niederlassung stehen.

Das Fazit des Moskauer Wirtschaftsgerichts (dass, falls die Niederlassung ein unabhängiges Unternehmen wäre, die relevanten Ausgaben als Ausgaben für unterbeauftragte Dienstleistungen hätten anerkannt werden müssen) wurde vom Berufungsgericht als unbegründet erachtet. Die Art der Unternehmenstätigkeit und die Art der Verteilung der Ausgaben zwischen einzelnen Unterabteilungen bekräftigen, dass das betreffende Beratungsunternehmen in Russland als eine Organisation tätig ist und nicht als zwei einzelne Unternehmen (zugleich wurde betont, dass ein Teil der Managementkosten der Hauptniederlassung, Verwaltungskosten der Hauptniederlassung, Berufshaftpflichtversicherung usw. zusammen mit den Dienstleistungsgebühren der ausländischen Anwälte zur Niederlassung transferiert wurden). Das wäre nicht möglich gewesen, wenn die Niederlassung ein unabhängiges Unternehmen gewesen wäre. Das Kassationsgericht änderte die Entscheidung des Berufungsgerichts nicht.

### **Nächste Schritte für den Steuerpflichtigen**

Bei früheren Entscheidungen in ähnlichen Fällen schlugen sich die Gerichte auf die Seite der Steuerpflichtigen. Deshalb kann der oben beschriebene Fall auf einen Meinungswechsel bei den Moskauer Bezirksgerichten hindeuten.

Trifft der obengenannte Sachverhalt in ähnlicher Weise auf Sie zu, sollten Sie die steuerlichen Folgen Ihrer Vorgehensweise und Abrechnung eingehend prüfen.

### ***Mögliche Erhöhung der Personalkosten***

Die russische Regierung beabsichtigt Änderungen des Sozialversicherungssystems, die sämtliche Unternehmen in Russland betreffen werden.

Diese Änderungen treffen nur Arbeitgeber, da natürliche Personen nicht zur Abführung von Versicherungsbeiträgen verpflichtet sind.

Während die Höhe der Beiträge bisher begrenzt war, soll nun eine regressive Skala eingeführt werden, die zu einem starken Anstieg der Personalkosten für Arbeitgeber höher qualifizierter und damit besser bezahlter Arbeitnehmer führen wird.

Die Umsetzung der vorgeschlagenen Reformen befindet sich zwar noch im Anfangsstadium, der Präsident hat allerdings bereits seine Zustimmung gegeben. Damit stehen gesetzliche Änderungen unmittelbar bereits zum 1. Januar 2012 bevor. Das vorgeschlagene System wird zudem voraussichtlich nur für zwei Jahre gelten und die Sozialversicherungsbeiträge danach, auf Grund eines Haushaltsdefizits im Rentenfonds, möglicherweise erhöht werden.

### **Hintergrund**

Der erste Vorschlag der Regierung betraf in Wirklichkeit die Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber durch eine Absenkung des derzeitigen Versicherungsbeitragsatz von 34 %.

Während zunächst eine generelle Absenkung des Satzes auf 30 % erwartet wurde, wird sich nunmehr die gesamte Einsparung nicht auf Besserverdiener auswirken. Sämtliches Gehalt über der Beitragsbemessungsgrenze von einem Jahresgehalt von RUB 512.000 (ca. EUR 11.880) wird mit einem zusätzlichen Beitrag von 10 % belastet. Die derzeitige Bemessungsgrenze beträgt RUB 463.000 (ca. EUR 10.743), darüber hinausgehende Gehälter sind sozialversicherungsfrei.

Die Notwendigkeit des Defizitausgleichs der Einnahmen aus der Sozialversicherung wird als Hauptgrund dieses unerwarteten zusätzlichen Beitrags vermutet.

Derzeit sieht das Gesetz keine Versicherungsbeiträge für ausländische Arbeitgeber, die vorübergehend in Russland aufenthältlich sind, vor. Die überwiegende Mehrheit der in Russland arbeitenden Ausländer wird als solche eingestuft.

### Schlüsselregelungen des neuen Systems

- Sämtliche Unternehmen werden betroffen sein.
- Auf Gehälter bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze von RUB 512.000 (ca. EUR 11.880) sind Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 30 % abzuführen.
- Auf Gehälter über der Beitragsbemessungsgrenze sind weitere 10 % abzuführen.
- Die Mehrheit der Ausländer wird weiterhin von Versicherungsbeiträgen befreit sein.
- Es wird nicht erwartet, dass die zusätzlichen Einnahmen aus dem zusätzlichen Beitrag irgendeine Bedeutung für den endgültigen Rentenanspruch des Arbeitnehmers haben werden.
- Für Kleinunternehmen, die nicht im Handel tätig sind, werden weitere Vergünstigungen mit verminderten Sätzen und begrenzten Beiträgen erwartet.
- Derzeit besteht einige Unsicherheit bezüglich der Frage, welche Unternehmen davon profitieren könnten.

### Was sind die nächsten Schritte?

1. Um eine zusätzliche 10 %-ige Belastung auf Bonuszahlungen für Arbeitnehmer zu vermeiden, sollten Arbeitgeber überlegen, diese ggf. bereits 2011 auszuzahlen. Die Sozialversicherungsbeiträge würden sonst auf die in 2012 (für das zurückliegende Jahr) gezahlten Prämien fällig werden.
2. Beachten Sie die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge bei Ihren wirtschaftlichen Planungen und Budgetierungen.

### *Doppelbesteuerungsabkommen Russland-Luxemburg*

Das Protokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen dem Großherzogtum Luxemburg und der Russischen Föderation wird aktuell bilateral geprüft. Am 11. August 2011 genehmigte die Russische Regierung den Protokollentwurf und das russische Finanzministerium wurde beauftragt, Verhandlungen über die Unterzeichnung des Dokuments aufzunehmen. Nach der Unterzeichnung muss das Protokoll noch ratifiziert werden.

Der Entschluss der Russischen Regierung zur Unterzeichnung des Protokolls wurde in der Sammlung russischer Rechtsakte Nr. 34 vom 22. August 2011 (Seite 5005, ohne Anhänge) veröffentlicht. Auf der offiziellen Internetseite der Russischen Regierung kann der Protokollentwurf nebst Anhängen eingesehen werden.

Nachfolgend finden Sie einen kurzen Überblick über die geplanten Änderungen des DBAs.

### **Verminderung des Quellensteuersatzes auf Dividenden**

Das Protokoll vermindert den Mindestquellensteuersatz auf Dividenden auf 5 %. Um den ermäßigten Steuersatz anwenden zu dürfen, müssen die Empfänger der Dividenden folgende Bedingungen erfüllen:

- Sie müssen wirtschaftlicher Empfänger der Dividenden sein;
- Anteile von mindestens 10 % am Stammkapital des Unternehmens halten, welches die Dividenden auszahlt; und
- mindestens EUR 80.000 oder denselben Betrag in Rubel in das Kapital des Unternehmens, welches die Dividenden auszahlt, investiert haben.

Falls diese Bedingungen nicht erfüllt sind, werden Dividenden mit 15 % versteuert.

Damit stellen diese Änderungen eine Verbesserung des DBAs dar (in der alten Version beträgt der Mindestquellensteuersatz auf Dividenden 10 %), die helfen sollen, dass sich Luxemburg im Hinblick auf die Attraktivität bzw. einer Strukturierung von Investitionen nach Russland mit Holland und Zypern vergleichen kann. Das Protokoll legt keinen

Mindestzeitraum für den Aktienbesitz fest, um den ermäßigten Quellensteuersatz auf Dividenden anzuwenden.

### **Neue Definition von Dividenden**

Das Protokoll stellt klar, dass der ermäßigte Quellensteuersatz auf Dividenden für folgende Zahlungen, die als Dividenden die Kriterien nach Art. 10 des DBAs erfüllen, anzuwenden ist:

- Ausschüttungen durch Investmentfonds oder ähnliche Anlageinstitute (mit Ausnahme von denjenigen, die hauptsächlich in Immobilien investieren); und
- Auszahlungen aus Hinterlegungsscheinen.

Solche Zahlungen unterliegen den Quellensteuersätzen auf Dividenden (d. h. 5 % und 15 %). Die neuen Begriffe beseitigen die vorherige Unsicherheit bei der Frage, welcher Quellensteuersatz auf solche Zahlungen angewendet werden soll.

### **Besteuerungsänderungen von Kapitalgewinnen aus Immobilieninvestitionen**

Grundsätzlich hat das Land, in dem der Verkäufer von Anteilen seinen steuerlichen Sitz hat, das Ausschließlichkeitsrecht zur Besteuerung von Einkommen aus dem Verkauf von Anteilen an einem Unternehmen im anderen DBA-Staat.

Durch das Protokoll wurde eine wesentliche Änderung bezüglich des Verkaufs von Anteilen (durch einen Ansässigen des einen Vertragsstaats) an ein Unternehmen, das im anderen Vertragsstaat des DBAs ansässig ist, eingeführt, wenn mehr als 50 % des Unternehmensvermögens direkt oder indirekt aus Immobilien stammen. In diesem Fall ist das Land, aus dem die Immobilien stammen (z. B. Russland), ebenfalls zur Besteuerung der Einkünfte berechtigt. Die neuen Regelungen stimmen mit dem OECD- Musterabkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung von Einkommen und Vermögen überein.

Da die aktuelle Fassung des DBAs ein solches Einkommen von der Besteuerung befreit, ist diese Änderung für den Steuerpflichtigen von Nachteil.

Das Land, in dem der Verkäufer seinen steuerlichen Sitz hat, behält das Ausschließlichkeitsrecht zur Besteuerung in den Fällen, in denen:

- Anteile eines Unternehmens mit Sitz im anderen DBA-Vertragsstaat im Rahmen einer Unternehmensumstrukturierung veräußert werden;
- veräußerte Anteile an einer anerkannten Börse notiert sind; oder
- der Verkäufer der Anteile ein Rentenfonds oder eine ähnliche Instanz ist, oder die Regierung eines der beiden Länder.

Das Protokoll klärt zusätzlich, dass Einkünfte aus Investmentfonds, die in erster Linie für Immobilieninvestitionen entrichtet wurden, als „Einkünfte aus Immobilien“ betrachtet werden und im Land der Immobilien besteuert werden können (Art. 6 DBA). Allerdings beinhaltet das Protokoll keine eindeutige Definition solcher „Einkünfte“, d. h. ob diese Einkünfte aus Ausschüttungen des Investitionsfonds, aus dem Zurückkauf oder den Verkauf von Anteilen sind.

### **Änderungen der Besteuerung anderen Einkommens**

Artikel 21 („anderes Einkommen“) wurde mit einer neuen Bestimmung versehen, welche für den Steuerpflichtigen von Nachteil ist. Die aktuelle Fassung des DBAs besagt, dass das Einkommen einer Person mit Sitz in einem Land (dieses Einkommen ist, unabhängig seiner Quelle, nicht in anderen Artikeln des DBAs einzeln aufgeführt) nur in diesem Land zu versteuern ist (mit Ausnahme der in Artikel 21.2 spezifizierten Fälle). Entsprechend der neuen Fassung kann dieses „andere Einkommen“ ebenfalls im anderen Land, z. B. Russland, der Quellensteuer unterliegen. Liquidationserlöse sowie Geldstrafen können ein Beispiel dieses anderen Einkommens sein, hinsichtlich dessen die Position des Steuerpflichtigen sich verschlechtert hat.

In der Zwischenzeit wurde, aufgrund der Änderungen in Artikel 23 des DBAs, die Möglichkeit der Verrechnung vorher gezahlter Steuern auf das Einkommen Luxemburgischer Einwohner ausgeweitet. Dabei geht es nicht nur um Einkommen nach Artikel 10 („Dividenden“) sondern ebenfalls um Einkommen nach Artikel 21 („anderes Einkommen“)

### **Informationsaustausch**

Artikel 26 des DBAs wurde dem Artikel 26 des dem OECD- Musterabkommens zur Vermeidung von Doppelbesteuerung von Einkommen und Vermögen angepasst. Die Änderungen zielen auf die Einhaltung der OECD-Standardrichtlinien bezüglich steuerlicher Transparenz und Informationsaustausch hinsichtlich steuerlicher Angelegenheiten.

Die eingeführten Änderungen legen ausdrücklich fest, dass, selbst wenn ein Land bestimmte Informationen von Steuerpflichtigen für eigene Zwecke abfragt, es das andere Land nicht daran hindern darf, solche Informationen vom Steuerpflichtigen nicht abzufragen und zu erfassen.

Der Informationsaustausch ist nicht auf die durch den Vertrag abgedeckten Steuern beschränkt. Das bedeutet, dass die Vertragsländer Informationen bezüglich anderer Steuern austauschen können, die nicht in Artikel 2 des Vertrags festgelegt sind (z. B. Umsatzsteuer).

Darüber hinaus legen die neuen Regelungen des DBAs ausdrücklich fest, dass Berufsgeheimnisse (z. B. Informationen einer Bank, andere Finanzinstitute, Kandidaten oder Personen in einer Agentur oder Treuhandfunktion) keinen Grund für eine Verweigerung der Informationsbereitstellung darstellen.

Der Anhang des Protokolls beschreibt im Übrigen die für die Informationsanfrage notwendigen Anforderungen (z. B. Identifizierung einer Person gemäß einer solchen Anfrage, das gewünschte Format der Information, usw.). Zu beachten ist, dass die neuen Regelungen nichts über den Informationsaustausch sagen, der aufgrund der Anforderungen des nationalen Rechts oder der üblichen Verwaltungspraxis in einem der Vertragsländer nicht erreicht werden kann.

Insgesamt sind diese Regelungen den neuen Regelungen des DBAs Zypern-Russland ähnlich. Diese sollen nach der Ratifizierung des von Russland und Zypern 2010 unterzeichneten Protokolls in Kraft treten.

### **Beschränkung der Vergünstigungen**

Das Protokoll wird dem DBA eine neue Regelung zur Beschränkung von Vergünstigungen (Art. 29) hinzufügen. Nach diesem Artikel würden Vergünstigungen (durch das DBA festgelegt) keine Anwendung bei Unternehmen mit steuerlichem Sitz in entweder Russland oder Luxemburg finden, falls die Behörden beider Vertragsländer entscheiden, dass solche Unternehmen hauptsächlich zum Zweck des Erhalts von Vergünstigungen durch das DBA gegründet werden.

Aktuell sind die praktischen Aspekte zur Anwendung dieser Regelung weiter unklar.

Demgegenüber sind die Regelungen zur Beschränkung von Vergünstigungen im Protokoll des DBAs zwischen Zypern und Russland viel enger formuliert und gelten nur für die Unternehmen, die in keinem der beiden Länder registriert sind und nur wegen bestimmter steuerlicher Vorteile und Vergünstigungen des DBAs ihren steuerlichen Sitz in Russland oder Zypern haben.

### **Andere Änderungen**

Das Protokoll klärt die bestehenden Regelungen zur Bestimmung der steuerlichen Ansässigkeit. Falls der tatsächliche Ort des Verwaltungssitzes eines Unternehmens nicht bestimmt werden kann, sollten die russischen und luxemburgischen Finanzbehörden sich dementsprechend gegenseitig beraten, um bezüglich dieses Sachverhalts ein gegen-

seitiges Einvernehmen zu erreichen. Ganz besonders folgende Kriterien werden berücksichtigt:

- Ort, an dem die Aufsichtsratssitzungen stattfinden;
- Ort, an dem die Tagesgeschäfte des Unternehmens geführt werden; und
- Ort, an dem die leitenden Angestellten des Unternehmens tätig sind.

Die Kriterien zur Bestimmung der Steueransässigkeit eines Unternehmens sind detaillierter als in anderen DBAs (in denen Russland ein Vertragspartner ist). Die praktische Anwendung der Regelung (falls sie ohne Änderungen in Kraft tritt) beeinflusst eventuell traditionelle in Luxemburg gegründete Strukturen, z. B. die Gründung eines Unternehmens als Hilfsmittel zum Börsengang.

Das Protokoll erweitert außerdem die Definition der „Betriebsstätte“. Artikel 5 des DBAs wurde in ähnlicher Art und Weise wie das Protokoll zum DBA Zypern-Russland geändert. Diese Änderungen passen die Regelungen des Artikels an das OECD-Musterabkommen an.

Gemäß dem Protokoll entsteht eine Betriebsstätte, auch wenn ein Unternehmen mit Sitz in einem Vertragsland Dienstleistungen im anderen Vertragsland erbringt. Dies geschieht durch das Einbeziehen von Einzelpersonen, die innerhalb eines Jahres mehr als 183 Tage in dem Land verbracht haben oder durch die Erfüllung einer Vielzahl anderer besonderer Anforderungen.

#### **Worüber sollten Sie bereits jetzt nachdenken?**

Angesichts der geplanten Änderungen, vor allem die Verminderung des Quellensteuersatzes auf Dividenden auf 5 %, ist Luxemburg bereits ebenbürtiger Vergleichspartner bei der Strukturierung russischen Vermögens mit Zypern und den Niederlanden, die häufig für die Gründung von Beteiligungsgesellschaften gewählt werden. Beschränkungen der Besteuerung von Gewinnen aus der Veräußerung von Unternehmensanteilen, Immobilieninvestitionen und aus anderem Einkommen (z. B. Liquidationserlöse) sollten allerdings weiter beachtet werden.

Zur gleichen Zeit sollte die Schaffung von ausreichender Präsenz auf der Ebene der luxemburgischen Unternehmen bedacht werden, in bestehenden sowie auch in neuen Strukturen. Dabei müssen die neuen Bedingungen zur Anwendung des DBAs (Regelungen zu Beschränkungen von Vergünstigungen, die in das DBA eingeführt wurden, neue Kriterien zur Bestimmung der Steueransässigkeit und Regeln zum erweiterten Informationsaustausch) berücksichtigt werden.

Abschließend wird eine Effizienzanalyse von in Luxemburg gegründeter Unternehmen zur Beteiligung an Investmentfonds, die in russische Immobilien investieren, empfohlen. Falls die aktuelle Fassung des Protokolls in Kraft tritt, würden sämtliche Einkünfte aus Beteiligungen an solchen Investitionsfonds wahrscheinlich der russischen Steuer unterliegen.

#### ***Die Auswirkung des Plenumbeschlusses Nr. 54 vom Obersten Wirtschaftsgericht in Russland bezüglich Investitionsverträgen***

Am 11. Juni 2011 veröffentlichte das Plenum des Obersten Wirtschaftsgerichts den Beschluss Nr. 54 zur „Lösung von Streitigkeiten bezüglich Immobilienverträgen für den zukünftigen Bau oder Erwerb von Grundstücken“. Nachfolgend möchten wir die möglichen Auswirkungen des Beschlusses auf die Besteuerung von Investitionsverträgen hervorheben.

#### **Welche Sachverhalte hat das Oberste Wirtschaftsgericht klargestellt?**

Durch den Beschluss hat das Oberste Wirtschaftsgericht eine Vielzahl zivilrechtlicher Themen berührt, u. a.

- Aufhebung von Kaufverträgen, falls kein registriertes Recht am Grundstück besteht
- Bestimmung der Zulässigkeit von Daten zur Individualisierung von verkauften Grundstücken beim Abschluss von Immobilienkaufverträgen
- Einstufung von Beziehungen aus Verträgen zum Bau von Immobilien (Rechtscharakter der Verträge sowie Wille der Parteien neben anderen Faktoren).

Auf Verträge, die entsprechend dem Föderalen Gesetz Nr. 214-F3 vom 30. Dezember 2004 über die „Teilnahme am kapitalbasierten Bau von Mehrfamilienhäusern und anderen Grundstücken und über die Änderung einiger russischer Rechtsakte“ abgeschlossen wurden, findet die o. g. gerichtliche Entscheidung keine Anwendung.

### **Was hat sich geändert?**

Unternehmen nutzen häufig Investitionsverträge zur Finanzierung von Bauvorhaben. Solche Verträge können typische Merkmale verschiedener Vertragsarten enthalten (z. B. Bauvertrag, Gesellschaftsvertrag, Agenturvertrag). Der Abschluss solcher „Mischverträge“ steht in keinem Widerspruch zum Zivilrecht.

Im Allgemeinen bestimmen Unternehmen ihre steuerlichen Auswirkungen als würden sie unter einem Agenturvertrag tätig werden. Das bedeutet, dass Kunden (Bauunternehmer/Generalunternehmer) beim Erhalt von Mitteln für den nachfolgenden Erwerb von Ware (Arbeiten und Leistungen) sowie für die Organisation von Grundstücksbauten von einem Investor keine Umsatzsteuer erheben.

Die Gerichtsentscheidung könnte sich ebenfalls auf die derzeitige Praxis auswirken. Das Plenum des Obersten Wirtschaftsgerichts instruierte die Gerichte zur Klassifizierung von Verträgen und Schlichtung von Streitigkeiten auf Grundlage spezieller Arten vertraglicher Elemente, die ein gegebener Investitionsvertrag beinhaltet. Falls nicht anders vereinbart, können solche Verträge als Kaufverträge für zukünftige Immobilien angesehen werden.

Angesichts der Auswirkungen der Entscheidung können Investitionsverträge in den Blickpunkt der Finanzbehörden rücken. Ein Vertrag mit abweichender rechtlicher Einordnung könnte Unstimmigkeiten mit den Finanzbehörden verursachen. Zum Beispiel könnte eine Streitigkeit bezüglich der Einbeziehung von Mitteln von einem Investor in die Steuerbemessungsgrundlage der Kunden (Bauunternehmer) entstehen. Wir erwarten allerdings keine größere Verbreitung solcher Streitigkeiten.

### **Was Sie jetzt wissen müssen**

- Die Steuerpflichtigen, die bereits Investitionsverträge nutzen, sollten genau prüfen, wie eng ihre mögliche rechtliche Einordnung den angewandten Besteuerungsverfahren entspricht. Falls notwendig, sollten sie sich selbst auf eine Streitigkeit mit den Finanzbehörden vorbereiten.
- Den Steuerpflichtigen, die derzeit den Abschluss von Investitionsverträgen planen, werden die genaue Strukturierung der Investoren-Kunden-Beziehung und ihr Rechtscharakter sowie die Strukturierung der relevanten steuerlichen Auswirkungen empfohlen. Egal, welche Rechtsform Sie wählen, sie sollte deutlich im Vertrag zu erkennen sein.

Ihre Ansprechpartner in Deutschland:  
Tanja Galander, Telefon: +49 30 2636-5483  
Daniel Kast, Telefon: +49 30 2636-5252  
Stanislav Rogojine, Telefon: +49 30 2636-5207

**Russland-Blog:** <http://blogs.pwc.de/russland-news>

## Slowakei

### **Änderung des Krankenversicherungsgesellschaftsgesetzes**

Seit dem 1. August 2011 ist die Änderung in Kraft. Diese Änderung beeinflusst außerdem das Gesetz Nr. 595/2003 (Einkommensteuergesetz). Es wurden die Bedingungen geändert, unter denen Einkünfte aus der Krankenversicherung steuerfrei sind. Darüber hinaus dürfen Krankenkassen eine Forderung nicht mehr steuerlich abschreiben, falls eine 100 %-ige Rückstellung hätte gebildet werden können. Allerdings dürfen Krankenkassen Wertberichtigungen auf Forderungen unter den gleichen Bedingungen berücksichtigen wie andere Steuerpflichtige.

Die Richtlinie Nr. 161/2006 des slowakischen Gesundheitsministeriums mit den Regelungen bezüglich der Bildung technischer Reserven und Rückstellungen wurde durch die oben genannte Änderung abgeschafft. In diesem Zusammenhang ist die steuerliche Absetzbarkeit der technischen Reserven auf den Betrag, mit dem sie ausgewiesen wurden, beschränkt.

Desweiteren führt die Änderung mehrere Regeln und Änderungen bezüglich des Versicherungsportfolios, der Gewinnerzielung sowie des Kontrollverfahrens von Krankenkassen gegenüber Gesundheitsdienstleistern ein.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:  
Tomas Alaxin, Telefon: +421 259 350-664

## Tschechien

### **Subventionen müssen nicht auf Grund eines Verstoßes gegen formale Subventionsvoraussetzungen zurückgezahlt werden**

Ein Verstoß gegen formale Subventionsvoraussetzungen stellt keinen Grund für die Rückzahlung dieser Subventionen dar. Dies wurde vor kurzem in einem Urteil des Obersten Verwaltungsgerichts bestätigt. In dem Gerichtsverfahren teilte der Subventionsempfänger nicht mit, dass bei Veräußerung seines Bauernhofes, für den er die Subvention erhalten hat, der Rechtsträger gewechselt wurde. Das Oberste Verwaltungsgericht hat entschieden, dass sich die Pflicht zur Rückzahlung der bereits gewährten Subventionen an den Staatshaushalt nicht nur aus formalen Gründen (die bei Gewährung der Subventionen vorbehalten waren) ergeben darf.

### **Scheinselbstständigkeit wird ebenfalls nach dem Arbeitsgesetz strafbar**

Die illegale Arbeit wurde neu in der vorbereiteten Änderung des Arbeitsgesetzes als "unselbstständige Arbeit einer natürlichen Person außerhalb des Arbeitsverhältnisses" definiert. Die Definition soll verhindern, dass Unternehmen Dienstleistungsverträge abschließen, wo eigentlich ein Anstellungsverhältnis vorliegt. Die Änderung zielt ebenfalls darauf ab, dass die Kontrollen gegen illegale Arbeit vereinfacht werden. Sollte eine Beziehung zwischen einem Unternehmen und einer natürlichen Person als „Ausübung einer unselbstständigen Tätigkeit“ qualifiziert werden, würde dies nicht nur steuerliche Konsequenzen haben, sondern der tatsächliche Arbeitgeber könnte sogar aufgrund der Vorschriften des Arbeitsgesetzes bestraft werden.

Ihre Ansprechpartnerin vor Ort:  
Lenka Mrázová, Telefon: +420 2 5115-2553

## Ukraine

### **Beschränkung der Verlustvorträge für vorherige Jahre**

Die ukrainische Steuerverwaltung veröffentlichte ein Schreiben mit der Klärung, dass Verluste aus den Jahren 2010 und früher nicht in das zweite Quartal 2011 und später vorgetragen werden können.

Außerdem beauftragte die Steuerverwaltung regionale Finanzbehörden die Steuerpflichtigen zu kontrollieren, ob sie diese Interpretation des Gesetzes angewendet haben.

Wir akzeptieren diese Interpretation des Gesetzes nicht. Nach unserer Sicht sollten sämtliche Verluste aus den Vorjahren in 2011 und später berücksichtigt werden können.

Bei mehreren Mandanten wurde dieses Problem bereits festgestellt, sodass in den kommenden Monaten eine Klärung durch die Gerichte zu erwarten wäre.

Sobald zusätzliche Angaben vorhanden sind, werden wir Sie darüber informieren.

### **Änderung des ukrainischen Anti-Korruptions-Gesetzes**

Während des Sommers traten zwei neue Anti-Korruptions-Rechtsakte in Kraft. Durch diese Gesetze wurden die Tätigkeiten, die als Korruption behandelt werden könnten, sowie der Kreis der dafür verantwortlichen Personen bedeutsam erweitert. Die neue Anti-Korruptions-Gesetzgebung könnte möglicherweise Werbe- und Marketingtätigkeiten in **FMCG**, der Pharmaindustrie und anderen Industriebereichen beeinträchtigen.

### **Änderungen der Form für Gewinn- und Verlustrechnung**

Das ukrainische Steuergesetz sieht vor, dass Steuerpflichtige ab dem 1. Januar 2013, zusammen mit ihrer Körperschaftsteuererklärung, ihre Abstimmung permanenter und temporärer Steuerabweichungen entsprechend der durch das ukrainische Finanzministerium bestimmten Form einreichen.

Das Finanzministerium hat bereits eine Anweisung erlassen, welche die Änderungen in dem nationalen Rechnungslegungsstandard Nr. 3 „Gewinn- und Verlustrechnung“ einführt. Nach dieser Anweisung müssen Unternehmen ihre permanenten und temporären Steuerabweichungen für jede Art von Einnahmen und Ausgaben offen legen und ihre Finanz- und Steuerergebnisse für aktuelle und vorherige Jahre in Einklang bringen.

### **Änderungen der Liste mit Dokumenten für einen Antrag auf eine Arbeitserlaubnis**

Seit dem 1. September 2011 wird für einen Antrag auf eine Arbeitserlaubnis ein Auszug oder Ausschnitt aus dem staatlichen Unternehmensregister benötigt. Vorher war es eine notariell beglaubigte Kopie der Meldebescheinigung.

Die Regelung wurde durch den Beschluss des Ministerkabinetts eingeführt und gilt für alle Unternehmen, unabhängig davon ob die Anmeldung vor oder nach Abschaffung der Ausstellung einer Meldebescheinigung stattfand.

Die in Kiew zuständige Arbeitsverwaltung hat viele Unternehmen / Antragsteller in Kiew kontaktiert und sie gebeten, ihren Antrag auf Arbeitserlaubnis entsprechend zu berichtigen.

### **Online-Zugang zum vereinheitlichten Staatsregister der juristischen Personen und Privatunternehmen ist jetzt verfügbar**

Seit dem 5. Oktober 2011 ist der Zugang zum vereinheitlichten Staatsregister der juristischen Personen und Privatunternehmer online auf der Seite <http://irc.gov.ua/ua/Poshuk-v-YeDR.html> verfügbar.

Durch Eingabe des Codes oder des vollen Namens des Unternehmens im "Suchen"-Feld können Informationen über ein Unternehmen gefunden werden. Privatunternehmer können durch Eingabe des Namens und der individuellen Steuernummer dieser Person gefunden werden. Die Suche ist kostenlos.

Bitte beachten Sie, dass die Datenbank manchmal noch nicht voll einsatzbereit ist. Dieses Problem soll bald behoben werden.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:  
Dr. Marc-Tell Madl, Telefon: +380 44 4906-777

## Ungarn

### *Praktische Lösungsvorschläge zu den aktuellen Änderungen im ungarischen Arbeitsgesetzbuch*

Mitte Juli wurden die Änderungen des Arbeitsgesetzbuchs veröffentlicht. Ein Teil der neuen Regelungen ist bereits in Kraft getreten, andere Änderungen werden jedoch erst am 1. Dezember 2011 rechtskräftig. Folgende Auswirkungen der bereits wirksamen Änderungen sind in der Praxis zu beachten:

Gemäß den neuen Rechtsvorschriften muss ein Betriebsrat für eine Mindestdauer von 5 Jahren gewählt werden. Eine Probezeit, welche länger als 3 Monate ist, kann ausschließlich im Tarifvertrag geregelt werden. Die Probezeit darf jedoch die Dauer von 6 Monaten nicht überschreiten.

Sollte ein Arbeitnehmer von einem unbezahlten Erziehungsurlaub nach dem 1. August 2011 zurückkehren, muss der Erholungsurlaub bereits gemäß den neuen Rechtsvorschriften berechnet werden.

Am 1. August ist die Regelung in Kraft getreten, dass den Arbeitnehmern mindestens einmal pro Jahr ein Urlaub von 14 aufeinander folgenden Kalendertagen gewährt werden muss (früher waren im Gesetz diesbezüglich keine Regelungen enthalten). Die neue Regelung sollte bereits für das Jahr 2011 gelten.

Ebenfalls ab dem 1. August gibt es die Möglichkeit, dass der Arbeitgeber einseitig entscheiden kann, dass im Falle von Überstunden den Arbeitnehmern anstatt der 50prozentigen Überstundenprämie entsprechend Freizeit gewährt wird.

Ab dem 1. Dezember 2011 ändern sich auch die Regeln bzgl. der Arbeitnehmerüberlassung. Ab diesem Zeitpunkt ist hinsichtlich des Arbeitslohns aller überlassenen Arbeitnehmer das Prinzip der gleichen Behandlung sowohl bzgl. des Arbeitslohnumfanges als auch bzgl. des Arbeitslohnschutzes anzuwenden. In der Praxis bedeutet dies, dass ab dem 1. Dezember sämtlichen überlassenen Arbeitnehmern derselbe Grundlohn gezahlt werden muss, der auch den eigenen, in gleicher Position beschäftigten Arbeitnehmern gezahlt wird. Sollten zwischen den Arbeitslöhnen der in gleicher Position beschäftigten Arbeitnehmern Differenzen bestehen, so ist zu prüfen, ob einer von den eigenen Arbeitnehmern über die gleiche Erfahrung und Ausbildung verfügt, wie der überlassene Arbeitnehmer. In solchen Fällen ist der Grundlohn des eigenen Arbeitnehmers als maßgeblich zu betrachten. Sollte auch diese Methode scheitern, ist zu prüfen, wie hoch das Durchschnittsgehalt der in gleicher Position tätigen Arbeitnehmer ist. Dieses Durchschnittsgehalt ist auch im Falle der überlassenen Arbeitnehmer anzuwenden.

Eine andere bedeutende Modifizierung der Arbeitnehmerüberlassung betrifft die Dauer der Arbeitnehmerüberlassung. Die Überlassung eines bestimmten Arbeitnehmers darf nicht mehr als 5 Jahre betragen. Hieraus resultieren einige Fragen. Die überlassenen Arbeitnehmer, die bereits länger als 5 Jahre bei demselben Arbeitgeber tätig sind, sollten von diesem spätestens bis zum 1. Dezember 2011 fest angestellt oder der Arbeitnehmerüberlassungsfirma „zurückgegeben“ werden.

Ihre Ansprechpartnerin vor Ort:  
Gabriella Erdős, Telefon: +36 1 461-9130

## Blog

Zusätzliche Informationen zum Thema Osteuropa finden Sie auch in unserem Blog unter:

<http://blogs.pwc.de/blickpunkt-osteuropa>

---

## Englische Übersetzung

### Azerbaijan

#### *New Exemption of VAT and Customs Duty*

In accordance with the Decrees #124 and 125, dated 1 August 2011 of the Cabinet of Ministers, the new VAT and customs duties exemption have been granted for the importation of goods and equipment for the construction of industrial plants of strategic important producing means for waterborne-transport consistent to international standards.

The import of these items should be supported with the documents from the State Oil Company of Azerbaijan Republic (SOCAR). The exemption is effective from 31 August 2011 throughout 1 January 2014.

#### *New Compulsory Insurance Law in force*

The Law on "Compulsory Insurance" came into force on 18 September 2011.

The purpose of the law is to protect interests of individuals and entities in the events of damages made to their property and health (depending on the type of insurance). The Law emphasises, however, that lost profit does not count for receiving insurance compensations.

The Law regulates the principles and basis of mandatory insurance in the following four spheres:

- **Mandatory insurance of immovable property:**  
Insurance of immovable property from damages, destruction, or loss as a result of fire or other accidents including gas explosions, hit by vehicles, or natural disasters.
- **Mandatory insurance of civil liability in connection with exploitation of immovable property:**  
Insurance against damage to third parties in using of immovable property as well as re/construction, renovation, and other works within the immovable property.
- **Mandatory insurance of civil liability of owners of automobiles:**  
Insurance against damages to health and property of individuals and legal entities caused by exploitation of certain type of automobiles in Azerbaijan.

- **Mandatory insurance of passengers in case of accidents:**  
Insurance of health and lives of passengers who use the air, water, railway and automobile services.

## Kazakhstan

### *Amendments introduced to the “Special considerations in international taxation” section of the Tax Code*

On 21 July 2011, the President of Kazakhstan signed amendments to the Tax Code of Kazakhstan (“Tax Code”) that primarily clarify the existing provisions rather than revise the fundamental concepts.

Introduced amendments may impact most of non-resident foreign legal entities carrying out business activities in Kazakhstan and certain residents investing abroad.

Below we provide our overview of the following key amendments introduced to the “Special considerations in international taxation” section of the Tax Code:

- amendments to participation exemption provision for dividends and capital gains;
- expansion of the scope of permanent establishment (PE) provisions;
- changes to the mode of tax treaties application;
- clarification of provisions on controlled foreign companies (article 224 of the Tax Code).

### **Participation exemption requirements:**

- introduced taxation for dividend income derived by non-residents from Kazakhstan legal entities not engaged in subsurface use activities (currently such income is subject to taxation if an entity derives more than 50 % of their value from subsurface use assets (oil and gas/mining entities) in Kazakhstan);
- introduced a minimum holding period (more than 3 years) after which capital gains derived from sale of shares and participation interest in certain Kazakhstan legal entities become eligible for exemption (same as for dividends);
- introduced taxation for entities incorporated in or tax residents of countries with privileged taxation with respect to dividends and capital gains from sale of shares and participation interest in certain Kazakhstan legal entities.

### **Permanent establishment issues:**

- introduced changes to dependent agent definition;
- expanded the scope of a “service” PE. In particular, the definitions of “interrelated” and “interconnected” projects were expanded;
- clarified provisions on date when PE was established;
- clarified provisions on mandatory registration of a PE for tax purposes;

- simplified withholding tax administration with respect to allocation of income from services provided jointly by a non-resident and its PE in Kazakhstan for a Kazakh client;
- clarified that qualified secondment of personnel to Kazakhstan does not lead to PE; Income derived from such secondment is not considered as Kazakhstan sourced income, provided that certain Tax Code requirements are met.

**Tax treaties application:**

- clarified the mode of application of tax treaties for “active” income (i.e. business profits) and “passive” income (interest, dividends, royalties);
- cancelled beneficial ownership requirement for an “active” income (e.g. service income);
- simplified withholding tax refund administration by technically allowing the refund (to the tax agent) of a tax withheld at payment of dividends, interest and royalty, when a certificate of residency was provided after calendar year end.

**Controlled foreign company issues (article 224 of the Tax Code):**

- multitier Kazakhstan structures will have only one taxpayer subject to taxation under article 224 of the Tax Code.

**Other issues:**

- clarified provisions on creation of a place of effective management in Kazakhstan by foreign legal entities for the purposes of registration with Kazakh tax authorities as tax residents;
- introduced special provisions considering certain partnerships as tax transparent in Kazakhstan for PE and withholding tax purposes. Please note, that previously all foreign body corporates were considered as non-transparent for Kazakhstan tax purposes;
- treaty benefits are available for each partner under joint venture (partnership) agreements;
- provisions concerning tax transparent entities possibly applicable to foreign partnerships.

Introduced amendments will enter into force on 1 January 2012; Certain provisions are effective retrospectively from 1 January 2009.

**Key issues that could be considered now:**

- exit strategies from Kazakhstan tax perspective (particularly if holding structures are located in countries with privileged taxation) might be reconsidered and restructuring should be performed before 1 January 2012;
- purchasing services from non-residents and performing activities on behalf of non-residents should be carefully structured to avoid PE exposure;
- if you previously have withheld taxes from dividends, interests or royalties due to missing or inappropriately prepared tax residency certificate, you may consider a possibility of a simplified refund of such taxes.

### ***A new law on special economic zones and changes to related legislation***

On 21 July 2011, the President of Kazakhstan signed a new law on special economic zones in Kazakhstan (the SEZ Law) and a law concerning changes and additions to certain laws of Kazakhstan relating to special economic zones (the Amendment).

The SEZ Law aims to enhance the effectiveness of managing of special economic zones by replacing SEZ administrations, which have existed as divisions of the authorised government body, and operating companies engaged by them with new managing companies that will act as a governing body of a special economic zone. Managing companies will be organised as joint stock companies either by the government of Kazakhstan, local executive bodies, non-government legal entities and/or foreign legal entities experienced in managing special economic zones.

In the existing special economic zones, the roles and duties of managing companies will be temporarily carried out by their current operators, but no longer than one year from the effective date of the SEZ Law.

The Amendment was adopted to bring the existing legislation of Kazakhstan in line with the provisions of the new SEZ Law.

Presently, there are six special economic zones in Kazakhstan. These include:

- Astana, the New City (Astana);
- The Seaport of Aktau (Mangistau Oblast);
- IT Park (Almaty);
- Ontustik (South Kazakhstan Oblast);
- Burabay (Akmola Oblast); and
- National Industrial Petrochemical Technologies Park (Atyrau Oblast).

Between 2006 and 2011, the government of Kazakhstan has preapproved the creation of new special economic zones as follows:

- Caspy (on the border with Turkmenistan);
- Horgos, the East Gates (on the border with China);
- Dostyk (on the border with China);
- Tobol (Kostanay Oblast);
- The West Gates of Kazakhstan (on the border with Russia), and
- Metallurgical SEZ (Karaganda).

## Lithuania

### ***Additional explanation regarding taxation of income received from abroad for work performed in Lithuania***

On 5 August 2011 by letter No [\(18.18-31-1\)-R-7472](#) the Tax Authorities additionally explained how income received by an individual from abroad for work actually performed in Lithuania should be taxed. The explanation is based on the fact whether a foreign

company has its permanent establishment in Lithuania, how many days an individual spends in Lithuania, which company the Lithuanian or foreign is treated as an economic employer.

The explanation states that when a Lithuanian company is treated as an economic employer (i.e. when it undertakes the responsibility for the employee's work results, provides employee with work equipment, etc.), however, the employment contract is not signed and salary is received from abroad, such income should be taxed starting from the first working day in Lithuania and the tax should be paid by the employee himself/herself. If in this situation income is also received from a Lithuanian company (e.g. benefit in kind), the company should tax such payments as employment related income, i.e. using the same taxation order as applied to other company's employees.

## Poland

***CIT: Foreign exchange gains arising in connection with the payment of dividend in a foreign currency (euro) in settlement accounts with shareholders do not constitute taxable income.***

In the opinion of the tax authority, payment of the dividend referred to in the actual status does not constitute an expense which would enable revenues to arise, nor is it related to maintaining or securing the source of the requestor's income; it is the execution of the shareholder's right to participate in the profits of the company following from the relevant provision of the Commercial Companies Code.

Therefore, since the dividend is not a tax-deductible cost, the differences arising in connection with its crystallization have no impact on the taxable income.

## Russia

***How permanent establishments should calculate their taxable profit***

We are monitoring developments in court practice concerning questions how foreign companies operating in Russia through a permanent establishment ("PE") should determine taxable income and deductible expenses. In particular, we'd like to highlight a specific dispute between the Russian branch of a foreign company (the "Branch") and the tax authorities on the method of calculating taxable profit in Russia.

### **Background**

The Branch is a PE of a foreign company that is a UK resident. The company provides legal services to clients worldwide, including in Russia. Both UK and Russian lawyers participated in provision of services in Russia. UK service fees were included in invoices billed to Russian clients. The Branch then, based on monthly invoices issued by the head office, deducted UK lawyers' service fees from its profits tax base. So, the UK lawyers' service fees were included both in taxable income and deductible expenses of the Branch.

### **The parties' arguments**

The Branch assumed that the way it had accounted for income (expenses) related to engaging the head office lawyers was in compliance with the relevant legislation, including the Russian-British Double Tax Treaty of 15 February 1994 (the "Treaty").

The tax authorities, however, argued that a deduction of disputable expenses is unjustified as these expenses could not be deemed the Branch's costs under Article 7 of the Treaty. Services rendered by the Branch involving the engagement of the head office lawyers represented the activity of the Branch solely and the engagement of foreign specialists did not exempt the Branch from paying profits tax on these activities in Russia.

### **What do the courts say?**

The Moscow Arbitrazh Court has upheld the position of the Branch, finding that the procedures used by the Branch in accounting for the relevant income (expenses) were in line with Article 7.2 of the Treaty. This clause of the Treaty states that income of the PE of a foreign company is understood to mean income that the PE could have earned if it were a standalone entity, engaged in identical or similar activities under identical or similar conditions, and was acting independently of the entity it represents as a PE. In the court's opinion, the Branch's expenses for retaining the services of the head office lawyers represented direct expenses for legal services and should be recognised for tax purposes as if the services had been obtained from third parties. The court stated further that if the Branch had been an independent entity, then expenses for engaging UK lawyers on projects would have been booked as expenses for subcontracted legal services provided to the Branch, which would have allowed the Branch to make similar deductions.

The Appellate Court, however, has supported the position of tax authorities and overturned the lower court's ruling. The court ruled that transfer the disputable amounts to the Branch as head office expenses was in fact a mechanism of transfer of Branch's income for the benefit of the head office (while this income was recognised as relating to the Branch's activities). The court stated further that the head office lawyers were not acting independently when working on the Branch's projects. In this regard, the court holds that the engagement by the Branch of the head office specialists to render legal services does not by itself confirm that these activities are unrelated to the Branch's activities.

The conclusion of the The Moscow Arbitrazh Court (that if the Branch were an independent entity, then the relevant expenses would have been recognised as expenses for subcontracted services) was deemed unsubstantiated by the Appellate Court. The Appellate Court concluded that the nature of the company's activities and the way it distributes its expenses between separate subdivisions affirm that it operates in Russia as a single organisation and not as two separate entities (in particular, it pointed out that, together with the foreign lawyers' service fees, a portion of the head office's management expenses, as well as expenses for head office maintenance, professional risk insurance, etc., were transferred to the Branch, which would not have been possible if the Branch were an independent entity). The cassation court left Appellate Court ruling unchanged.

### **What's next for taxpayers?**

In prior rulings on similar cases the courts have come down on the side of the taxpayer. So, we believe that the dispute described above may indicate a change in the way Moscow Circuit courts consider such disputes.

Thus, those companies that use similar procedures in accounting for the income (expenses) of a Russian branch (representative office) should look at the options for minimising the potential tax implications should the tax authorities file similar claims against them. In particular, they should consider the option of reviewing the current structure of their Russian operations.

### ***Possible increase of payroll costs***

We would like to refer to the intention of the Russian Government to introduce changes to social security system which will impact all businesses in Russia.

These changes will affect employers only as individuals are currently not payers of insurance contributions in Russia.

Whereas previously the level of contributions was capped, a regressive scale is to be introduced which will lead to a sharp rise in payroll costs for employers of high earning Russian nationals.

The formalisation of the proposed reforms is still in the early stages, however, as they have already received presidential approval, legislative changes are imminent and are expected as early as 1 January 2012. Additionally, it should be noted that officials have already suggested that the proposed system will only be in place for two years and afterwards social contributions will be eventually increased due to growing Pension fund budget deficit.

### **Background**

The initial intention of the government was, in fact, to alleviate the social security burden for employers by reducing the rate of insurance contributions from the current flat rate of 34 %.

While it is hoped that there will be a decrease in the rate to 30 %, the overall saving will not extend to high earners as all remuneration paid in excess of the earnings threshold of RUB 512,000 per annum will attract an additional 10 % top up charge. Currently there is a cap in place (contributions are payable only on annual income under RUB 463,000 or approximately USD 14,709).

It is thought that the main driver behind this unexpected top up charge is the need to compensate for a shortfall in social contributions revenues.

There is currently no obligation to pay Insurance Contributions for foreign employees temporarily staying in Russia. The vast majority of foreign nationals working in Russia are categorised as such.

### **The highlights of new regime**

- All businesses will be affected
- Insurance contributions payable at 30 % on remuneration up to the earnings threshold of RUB 512,000 (approximately USD 16,266)
- 10 % top-up charge on remuneration paid in excess of the earnings threshold
- The majority of foreign nationals should still be exempt from Insurance Contributions
- It is not expected that the additional revenue collected from the top up charge will have any bearing on the employees' ultimate pension entitlement
- It is anticipated that there will be a favourable regime for qualifying small businesses (in particular, non-trading businesses) with reduced rates and with capped contributions. At this stage, there is a lot of uncertainty around which businesses may benefit.

### **What are your next steps?**

1. Employers may consider accelerating payment of annual performance bonuses prior to 2011 year end to avoid an incremental social tax cost of 10 % on income of high earning Russian employees which will otherwise be due on bonuses paid in 2012.
2. For budgeting purposes, this incremental social tax burden should be factored in.

### ***Russia-Luxembourg Double Tax Treaty***

The Protocol to the Double Tax Treaty (DTT) between the Grand Duchy of Luxembourg and the Russian Federation (the "Treaty") is currently at the bilateral review stage. On 11 August 2011, the Russian Government approved the draft Protocol and the **MinFin** was instructed to hold negotiations on signing the document. The Protocol must be ratified after signing.

The text of the Russian Government resolution on signing the Protocol was published in Collection of Russian Federation Legislative Acts No. 34 of 22 August 2011 on page 5005

(without appendices). You can read the draft Protocol with relevant appendices on the Russian Government's official website.

Below we provide a brief overview of the planned amendments to the Treaty.

### **Reduction of dividend withholding tax rate**

The Protocol reduces the minimum withholding tax rate on dividends to 5 %. To be eligible for the reduced rate, dividend recipients must meet the following conditions:

- be the beneficial owners of the dividends;
- hold shares representing at least 10 % of the capital of the company paying the dividends; and
- have invested at least EUR 80,000 or the same value in roubles in the capital of the company paying the dividends.

If these conditions are not met, dividends are taxed at a 15 % rate.

Thus, these changes mark an improvement in the terms of the DTT (under the current version, the minimum dividend withholding tax rate is 10 %), which should help to make Luxembourg an attractive jurisdiction for structuring investments into Russia comparable to the Netherlands and Cyprus.

The Protocol does not stipulate a minimum shareholding period for applying the reduced withholding tax rate on dividends.

### **New definition of dividends**

The Protocol clarifies that reduced dividend withholding tax rates will apply for the following payments that qualify as dividends for the purposes of application of article 10 of the DTT:

- payments on units of mutual investment funds or any other collective investment vehicles (except for those that invest mainly in immovable property); and
- payments on depositary receipts.

Such payments will be subject to the withholding tax rates established for dividends (i.e. 5 % and 15 %). The new terms eliminate the previous uncertainty about which withholding tax rate should be applied to such payments.

### **Changes in taxation of capital gains derived mainly from investments to immovable property**

In general, the country where the seller of shares is a tax resident has the exclusive right to tax income from sales of shares in companies of the other DTT contracting country.

A key change introduced by the Protocol relates to the sale by a resident of one contracting country of shares in a company that is a resident of the other DTT contracting state, deriving more than 50 % of their value directly or indirectly from immovable property located in the other contracting country. In this case, the country where the immovable is located (e.g. Russia) will also have the right to tax income earned. The new provisions are in line with the OECD Model Convention on Taxation of Income and Capital.

This change is detrimental to the taxpayer's position, as the current version of the DTT exempts such income from taxation.

The country where the seller is tax resident will retain exclusive taxation rights in those cases where:

- shares of the company with residence in the other DTT contracting state are alienated in the course of a corporate reorganisation;
- alienated shares are listed on a recognised stock exchange; or

- the seller of the shares is a pension fund or similar entity, or the government of one of the two countries.

Additionally, the Protocol clarifies that, under article 6 of the DTT, income received from units in mutual investment funds organized primarily for investing in immovable property is considered as "income from immovable property" and can be taxed in the country where the immovable property is located. But, the Protocol does not provide a clear definition of such "income", i.e. whether it is income from payments on mutual investment fund units, or from redeeming or selling such units.

### **Changes in taxation of other income**

Note also that a new clause has been added to article 21 ("Other Income") that is unfavourable to the taxpayer. The current version of the DTT says that the income of a person who is a resident of one country (and such income is not itemised in other articles of the DTT, regardless of its source) is taxable only in this country (except for those cases specified in article 21.2). But, under the new version, such "other income" may also be subject to withholding tax in the other country, e.g. Russia. Liquidation payments and fines may be an example of such other income concerning which the taxpayer's position worsens.

Meanwhile, according to changes in article 23 of the DTT, the possibility of offsetting previously paid taxes will now extend to Luxembourg residents' income specified not only in article 10 ("Dividends") but also in article 21 ("Other Income").

### **Exchange of information**

Article 26 of the DTT was brought into line with article 26 of the OECD Model Convention on Taxation of Income and Capital. The changes are aimed at achieving compliance with OECD policy standards on fiscal transparency and information sharing on tax issues.

The changes introduced directly stipulate that even if one country does not request certain information from taxpayers for its own purposes, this should not hinder the other country from requesting and gathering such information from taxpayers.

Exchange of information is not limited to the taxes covered by the Treaty. This means that the contracting countries can share information on other taxes not specified in article 2 of the Treaty, e.g. VAT.

Moreover, the new DTT provisions directly stipulate that professional secrets (e.g. information held by a bank, other financial institution, nominee or person acting in an agency or a fiduciary capacity) cannot serve as grounds for refusing to provide information.

In addition, the Annex to the Protocol describes the requirements for information necessary for filing requests (e.g. identify the person subject to such request, the desired format of the information, etc.).

Note, however, that the new provisions say nothing about exchange of information that cannot be obtained due to the requirements of domestic law or in the normal administrative practice of any contracting country.

Overall, these provisions are similar to those new provisions that will be added to the Cyprus- Russia Double Tax Treaty if the Protocol signed by Russia and Cyprus in 2010 is ratified.

### **Limitation of benefits**

The Protocol envisages including a provision on limitation of benefits in the DTT (article 29). Under this article, benefits stipulated by the DTT would not apply to companies with tax residence in either Russia or Luxembourg if the authorities of both contracting countries conclude that such companies are established mainly for the purposes to obtain benefits under the DTT.

At the moment the practical aspects of applying this provision remain unclear.

In comparison, the provisions on limitation of benefits under the Protocol to the Cyprus-Russia DTT are much more narrowly worded and apply only to those companies that are registered in neither of the contracting states and become Russian or Cypriot tax residents only for the purposes of taking advantage of the DTT benefits.

### **Other changes**

The Protocol clarifies the existing rules for determining tax residence. Thus, if a company's actual place of effective management cannot be determined, the Russian and Luxembourg tax authorities should consult each other to reach a mutual agreement on this issue. In particular, the following criteria will be taken into consideration:

- where Board of Directors meetings are held;
- where the company's day-to-day management is carried on; and
- where the company's senior executives work.

The criteria for determining a company's tax residence are more detailed than those in other DTTs to which Russia is a party. Practical application of the provision (if it takes effect without any changes) may affect traditional Luxembourg-based structures, e.g. for creating companies as IPO vehicles.

The Protocol also expands the definition of "permanent establishment". Article 5 of the DTT was amended in a similar way to the Protocol to the Cyprus-Russia DTT. These amendments bring the provisions of the article in line with the OECD Model Convention.

Under the Protocol, a permanent establishment also arises if one company that is resident in one contracting state provides services in the other contracting country by involving individuals who present in that state for over 183 days within any 12-month period and, as well, if a number of other special requirements are met.

### **What should you already start thinking about?**

Given the planned changes, particularly the reduction in the dividend withholding tax rate to 5 %, Luxembourg is now a comparable for creating ownership structures for Russian assets with those jurisdictions (e.g. Cyprus and the Netherlands) that are frequently used for establishment of holding companies. However, limitations related to taxation of profits from alienation of shares in companies, immovable property investments and other income (e.g. liquidation payments) should be kept in mind.

At the same time, creation of sufficient presence at the level of the Luxembourg companies should be considered, both in existing and brand new structures, taking into account the new terms for applying the DTT (provisions on limitation of benefits provided by the DTT, new criteria for determining the tax residence, and extended exchange of information provisions).

Finally, we recommend analysing the efficiency of using Luxembourg-based companies for investing in mutual investment funds with Russian real estate holdings because, if the current version of the Protocol takes effect, all income from shares in such mutual investment funds would likely be subject to Russian tax.

### ***The impact of Russian SAC Plenum Resolution No. 54 on investment contracts***

On 11 June 2011, the Russian Supreme Arbitrazh Court Plenum (the "SAC Plenum") issued the Resolution No. 54 "On Resolving Disputes Concerning Real Estate Contracts for Properties to be Built or Acquired in Future" (the "Resolution"). In this PwC Russia Tax Flash, we highlight the potential impact of the Resolution on a taxation of investment contracts.

### **What issues did the SAC Plenum clarify?**

In the Resolution, the SAC Plenum touched on a variety of civil law issues, including:

- voiding purchase-and-sale deals if there is no registered title to the property;
- determining the sufficiency of data for individualising a sold property when concluding real estate purchase-and-sale contracts;
- classifying relationships resulting from contracts for investing in real estate construction, given the legal nature of the contracts and the will of the parties, among other factors.

Note that the Resolution does not apply to contracts concluded in accordance with Federal Law No. 214-F3 of 30 December 2004 "On Participating in Equity-Based Construction of Multi-Unit Apartment Buildings and Other Properties, and on Amending Certain Russian Legislative Acts".

### **What has changed?**

Companies often use investment contracts for financing real estate construction. Such contracts may contain features typical of various types of contracts (for example, construction contracts, partnership contracts or agency contracts). Concluding such "hybrid" contracts does not conflict with civil law.

As a rule, companies determine their tax implications as though they were operating under an agency contract. That is, customers (construction organisers) do not assess VAT when receiving funds from an investor for the subsequent acquisition of products (work or services) and organisation of property construction.

The Resolution could also impact current practice. The SAC Plenum instructed that courts should classify contracts and settle disputes based on what specific types of contractual elements a given investment contract contains. At the same time, unless otherwise stipulated, such contracts can be considered purchase-and-sale contacts for future properties.

So, given the implications of the Resolution, investment contracts may become a focus of attention for the tax authorities. A contract with a divergent legal classification could cause disagreements with the tax authorities. For example, a dispute could arise concerning inclusion of funds received from an investor into the taxable base of the customers (construction organisers). However, we do not expect that such disagreements would be widespread.

### **What you need to know now**

- Those taxpayers that already use investment contracts should carefully examine how closely their potential legal classification corresponds to the applied taxation procedures. If necessary, they should also prepare themselves for a potential dispute with the tax authorities.
- For those taxpayers who are only now planning to conclude investment contracts, we recommend that they carefully structure the investor-customer relationship based on its legal nature and the relevant tax implications. Keep in mind that whichever legal structure you choose, it should be clearly spelled out in the contract.

## Slovakia

### ***Health Insurance Companies Act Amendment***

As of 1 August 2011, the amendment came into effect. This amendment also modifies the Act No. 595/2003 Coll. (Income Tax Act). It modifies the conditions under which revenues from public health insurance can be tax exempt. In addition, health insurance companies are no longer allowed to write-off a receivable as tax deductible if 100% provision could have been created. However, the health insurance companies are allowed to create bad debt provisions under the same conditions as other tax payers.

The Slovak Ministry of Health guideline No. 161/2006 Coll., which covered the rules for the creation of technical reserves and provisions, was abolished by this amendment. In this respect, the tax deductibility of technical reserves is limited to the amount for which they were accounted.

Further, the amendment introduces several rules and changes in respect of the insurance portfolio, profit creation as well as control procedures of health insurance companies towards health care providers.

## Czech Republic

### ***No need to return the grant due to breach of formal grant conditions***

A formal breach of grant conditions is not a reason for it to be returned. This has recently been confirmed by a decision from the Supreme Administrative Court. The beneficiary in this court case did not report the change of legal entity when he sold his farm for which he received a grant. The Supreme Administrative Court concluded that the sanctions where it is required to return the subsidies, that were already provided, to the state budget cannot be imposed only on a purely formulaic condition, which was also formulated incoherently in the contract for the provision of subsidies. This ruling can be used as an argument in other disputes with the administrators of grants.

### ***“Svarcsystem” will also be punishable under the Employment Act***

Dependent work performed by an individual outside the employment relationship. This is how illegal work is redefined by the prepared amendment to the Employment Act. Its aim is to prevent firms from concluding commercial contracts where employment should be in place. The amendment also attempts to simplify the controls of illegal work. If the relationship between two entities qualifies as “performance of a dependent activity”, it will have an impact not only on the tax but now it will be possible to also grant such a de facto employer a sanction under the Employment Act.

## Ukraine

### ***Restriction of previous years' losses carrying forward***

The State Tax Administration of Ukraine (STAU) has issued a letter\* clarifying that no losses originating in 2010 and earlier can be carried forward to 2Q 2011 and further.

Moreover, the STAU instructed regional tax authorities to control taxpayers' compliance with this interpretation of the Law.

We disagree with such interpretation of the Tax Code. In our view, all prior year losses should be available for utilisation in 2011 and later years. A number of clients have already been the subject of assessment on this issue and we expect clarification from the courts in the coming months.

PwC will continue to monitor this issue and provide additional information as soon as it is available.

#### ***Ukrainian Anti-corruption legislation has changed***

Over summer two new anti-corruption legislative acts\* came into effect. These laws significantly broadened the circle of operations that may be treated as corruption, as well as people who could be liable for it. The new anti-corruption legislation may potentially impair promotional and marketing activities in FMCG, pharmaceutical and other industries.

#### ***Changes to the form of Income Statement***

The Tax Code of Ukraine requires that starting from 1 January 2013, along with their corporate profit tax returns, taxpayers should submit the reconciliation of permanent and temporary tax differences, according to the forms determined by the Ministry of Finance of Ukraine.

The Ministry of Finance has already issued the Order introducing the amendments to the National Accounting Standard No.3 "Income Statement". Under this Order the companies will need to disclose permanent and temporary tax differences for each category of revenues and expenses, and reconcile their financial and tax results for current and previous years.

#### ***Amendments to list of documents for work permit application***

Starting from 1 September 2011 an application for a work permit has required an Extract or an Excerpt from the State Registry of Companies instead of a notarized copy of the Registration certificates.

The rule is enforced by the Resolution of the Cabinet of Ministers\* and applies to all companies, regardless whether they were registered before or after the date when issuance of Registration certificates was cancelled.

The Kyiv City employment authority has contacted many companies - applicants in Kyiv and has requested them to update the work permit application accordingly.

#### ***On-line access to the Unified State Register of Legal Entities and Private Entrepreneurs has become available***

On October 5, 2011, on-line access to the Unified State Register of Legal Entities and Private Entrepreneurs ("USR") became available on the USR's website (<http://irc.gov.ua/ua/Poshuk-v-YeDR.html>).

Searching for information about a legal entity can be performed by entering the code or the full name of the entity to the research field. Private entrepreneurs can be located by entering the name and the individual tax number of such a person. The search is free of charge.

Please note that the database sometimes is not fully operational, but it is expected to be fully operational soon.

## Hungary

#### ***Practical Advices to the actual amendments to the Labor Code***

Amendments to the Labor Code were published in mid July 2011. Part of the new rules have already part come into force, part will come into force on 1 December 2011. The following are some important changes, and the impact those changes will have in practice.

The new rules stipulate that works councils have to be elected for five years. Collective bargaining agreements can now contain provisions for probation periods longer than three month, but at most six months.

If an employee returns from unpaid child -care or child -rearing leave after 1 August 2011, her vacation now has to be calculated according to the new rules.

A rule comes into force on 1 August, which says that employers must allow their employees, at least once per year, a period of 14 continuous calendar days' holiday, (there was no such 14 - calendar-day rule in earlier regulations.) The new rules also apply to the year 2011.

Also on 1 August, a possibility becomes available that, instead of paying a 50 % wage supplement for work exceeding the work time of the daily ordinary working shift, or the work done beyond the work time frame ( overtime ), the employers can unilaterally order that they will give the employees additional free time .

From 1 December 2011 there will also be several changes to the rules on labor lending. One is that from 1 December any borrowed employee's wage is subject to equal treatment as regards the amount and the protection of the wage. In practice this means that from 1 December any borrowed employee has to be provided the same base wage as any of the employer's own employees employed in the same position. If there is a gap between the wages of the employees working in the same position, it has to be examined, if one of the employer's own employees has the same experience and qualification, and who has the same conditions as the borrowed manpower. If so, his wage will be the standard for the borrowed employees as well. If this is not an option, then it must be examined what the mean wage is of the employees employed in that position, and that mean wage has to be applied to the borrowed employees as well.

Another important modification regarding labour lending is that the duration of labour lending for a given employee can be no longer than five years. This raises more questions. On the one hand those employees who have been at the borrowing employer for more than five years as borrowed employees have to be terminated, at the latest, on 1 December, or have to be returned to the lending employer.

## Blog

Please visit our blog for additional information about Eastern Europe.

<http://blogs.pwc.de/blickpunkt-osteuropa>

---

## Über uns

### Ihre Ansprechpartner

**Monika Diekert**

Tel.: +49 30 2636-5225

[diekert.monika@de.pwc.com](mailto:diekert.monika@de.pwc.com)

**Tanja Galander**

Tel.: +49 30 2636-5483

[tanja.galander@de.pwc.com](mailto:tanja.galander@de.pwc.com)

**Daniel Kast**

Tel.: +49 30 2636-5252

[daniel.kast@de.pwc.com](mailto:daniel.kast@de.pwc.com)

**Stanislav Rogojine**

Tel.: +49 30 2636-5207

[stanislav.rogojine@de.pwc.com](mailto:stanislav.rogojine@de.pwc.com)

---

## Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Osteuropa kompakt* bestellen oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Bestellung“ bzw. „Abbestellung“ an folgende Adresse: [cornelia.herwig@de.pwc.com](mailto:cornelia.herwig@de.pwc.com)

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Oktober 2011 PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

„PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.